

Fachgespräch mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles: „Arbeitsmarktprogramm Soziale Teilhabe wird im Kreis Unna top umgesetzt!“

Zu einem Fachgespräch zum Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ hatte die AWO im Kreis Unna auf Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Oliver Kaczmarek die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, eingeladen.



AWO Vorsitzender Wilfried Bartmann (3 v.l.) und AWO Geschäftsführer Rainer Goepfert (1 v.l.) hatten Andrea Nahles (3 v.r.) und die Arbeitsmarktakteure aus dem Kreis Unna zum

Fachgespräch eingeladen. Foto: AWO

An dem Gespräch nahmen mit dem stellvertretenden Landrat Martin Wiggermann, dem Geschäftsführer der Arbeitsagentur, Thomas Helm und dem Geschäftsführer des Jobcenters Kreis Unna, Uwe Ringelsiep, wesentliche Akteure der Arbeitsmarktpolitik im Kreis Unna teil.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat 105 Jobcenter mit mehr als 10.000 Förderplätzen für Langzeitarbeitslose ausgewählt, die am Programm teilnehmen dürfen. Mit dem bis Ende 2018 angelegten Programm sollen Bezieher von Arbeitslosengeld II gefördert werden. Hierfür stehen 450 Mio. Euro zur Verfügung. Es ergänzt und erweitert die vorhandenen gesetzlichen Eingliederungsleistungen der Jobcenter. Gefördert werden Arbeitsverhältnisse, die zusätzlich und wettbewerbsneutral sind und im öffentlichen Interesse liegen.

AWO Unterbezirksvorsitzender Wilfried Bartmann machte in seiner Begrüßung deutlich, dass sich die AWO allein aus ihrer Geschichte heraus schon immer um die benachteiligten Menschen auf dem Arbeitsmarkt bemüht habe. Daher dürften die guten Arbeitsmarktzahlen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es viele verfestigte Arbeitslosenverhältnisse gebe, gegen die etwas getan werden müsse. Bartmann verwies auf den von der AWO im Kreis Unna beschlossenen Unnaer Appell „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!“, der einen Sozialen Arbeitsmarkt mit guten Rahmenbedingungen fordert. Die Zielsetzung des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe“ gehe sicherlich in die richtige Richtung, erfülle aber nicht die Vorstellungen der AWO. Ohne die flankierende Förderung durch das Land NRW und den Kreis Unna wären Profiling, Coaching und soziale Begleitung der Teilnehmenden nicht im nötigen Umfang möglich.

Das Jobcenter hat mit Unterstützung der Politik und den regionalen Trägern 700 Stellen für den Kreis Unna eingeworben.

Davon sind inzwischen 580 Stellen besetzt. „Das sind mehr Stellen als in ganz Baden-Württemberg oder in Hamburg und Bremen zusammen“, stellt Uwe Ringelsiep dar. Der Jobcenter-Chef dankte Andrea Nahles für den beharrlichen Einsatz für das Programm. Für die Region sei das ein gutes und wichtiges Programm.

Rainer Goepfert, AWO Geschäftsführer, stellte in seinem Beitrag die Aktivitäten der AWO der beiden Tochtergesellschaften BILDUNG + LERNEN gGmbH (B+L) und der DasDies Service GmbH dar. Seit Jahrzehnten arbeitet die AWO eng mit den weiteren Akteuren in der Region zusammen, um auch langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven zu ermöglichen. Als Beispiel nannte Goepfert die Radstationen und die Secondhandkaufhäuser im Kreis Unna. In beiden Bereichen seien 54 festbeschäftigte Menschen angestellt, von denen zuvor 46 langzeitarbeitslos waren. Von daher war es auch klar, dass sich die AWO mit der B+L in das Programm „Soziale Teilhabe“ einbringen wird.

B+L Geschäftsführer Thorsten Schmitz verwies auf weitere erfolgreich umgesetzte Maßnahmen, die oft eine Vermittlungsquote von über 70 % in den ersten Arbeitsmarkt hatten. Schmitz interviewte mit Waldtraud Gashi und Silke Sommer zwei Programmbeschäftigte, die seit Ende August in AWO Kindertageseinrichtungen angestellt sind. Beide schilderten ihren bisherigen Werdegang, der oft von längeren Phasen der Arbeitslosigkeit geprägt war. Beide freuen sich auf die Arbeit in den Kitas und mit den Kindern.

„Mit der Umsetzung des Programms ist der Kreis Unna in der Region und bundesweit weit vorne“, lobte Ministerin Andrea Nahles. Das funktioniere aber nur, weil es im Kreis Unna eine so gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Trägern gebe. Ihr Ziel sei es aber, zukünftig nicht mehr Sonderprogramme wie die „Soziale Teilhabe“ aufzulegen, sondern den Jobcentern mit einer Regelförderung die Umsetzung entsprechender Maßnahmen zu ermöglichen. Damit

würden allen Jobcentern diese Möglichkeiten zur Verfügung stehen und könnten auf die jeweiligen Regionen angepasst werden. Nebenbei sei so auch ein Abbau bürokratischer Hürden für alle Beteiligten möglich.

Für diesen Vorstoß erhielt sie einhellige Unterstützung der Anwesenden.